Tarifrecht—Kollektivvertrag und die Stellung der RGO

Die „Auflockerung"

Schon seit Monaten führen die Kapitalisten und ihre Unterverbände mit Unterstützung der staatlichen Instanzen einen [illegible] Kampf für die „Verfeinerung" und „Auflockerung" der Tarifverträge. Es wird jetzt angekündigt, daß die Verbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen abgeschafft und das gesamte Tarifrecht einer Umwandlung unterzogen werden soll.

Um was handelt es sich bei diesen Angriffen der faschistischen [illegible]? Klar muß von der gesamten Arbeiterschaft — deren [illegible] und Arbeitsbedingungen weitgehend von den Tarifen abhängig sind — erkannt werden, daß es sich hier um Maßnahmen der [illegible] handelt, um das von ihr mit Hilfe der Gewerkschaftsführer geschaffene Tarifrecht entsprechend der faschistischen Entwicklung in Deutschland umzugestalten zur Durchführung ungehemmteren Ausbeutung der Arbeiter. Die Kapitalisten wollen einen nach oben und unten unbegrenzten Arbeitstag, ganz nach ihrem eigenen Ermessen. Sie wollen niedrigste Löhne zahlen, die sie allein bestimmen. Sie wollen mißliebige Kollegen jeden Tag entlassen können, jederzeit die Arbeiter ohne Lohn nach Hause schicken, wenn nach ihrer Ansicht nicht genügend Arbeit vorhanden ist. Das ist das Unternehmerparadies, das „Dritte Reich" der Hitlerbewegung. Dementsprechend wollen sie das Tarifrecht und die Tarifverträge umwandeln. Auch hier der Übergang von bisherigen scheindemokratischen Methoden zu vorwiegendem Betrug der Arbeiter zu den Methoden der offenen kapitalistischen Diktatur und offenen Gewalt- und Willkürmaßnahmen festzustellen.

„Tarifrecht" nach Unternehmergeschmack

Es gibt bereits eine Reihe von Beispielen, wie das „Tarifrecht" als Idealzustand der Unternehmer gedacht ist. So hat z. B. die Belegschaft des Nazi-Textilbetriebes Gebrüder Hecklinghausen schon jetzt einen Vertrag der Arbeitsbedingungen des „Dritten Reiches" zu verzeichnen bekommen. Außer der allgemeinen 10prozentigen Lohnkürzung wurden die Löhne dort extra herabgesetzt. Der Betriebsführer ist Führer der NSDAP., hat bereits durchgeführt, was Ziel und Wunsch aller Ausbeuter und Geldsäcke ist: Die Beseitigung des Kollektivvertrages und die Abschließung von Einzelverträgen [illegible] Belegschaftsmitgliedern. Der Betriebsleiter hat beispielsweise mit einer Spulerin, die er neu einstellte, einen Vertrag abgeschlossen, worin sich die Arbeiterin unterschriftlich verpflichten mußte, mit dem zufrieden zu sein, was man ihr auszahlt. Die Arbeiterin hat auf Grund dieses Vertrages bei dreitägiger Arbeit (25 Stunden) [illegible] erhalten.

Tarifzerschlagung mit Hilfe der Gewerkschaftsführer

Mit aller Deutlichkeit muß jedoch ausgesprochen werden, daß das heutige Tarifrecht, die heute geltenden Tarifverträge den Interessen der Arbeiterklasse keineswegs entsprechen. Alle faschistischen Maßnahmen der Kapitalisten gegen das jetzige Tarifrecht und die heutigen Tarifverträge ändern nichts an dem bisherigen arbeiterfeindlichen Charakter des Tarifrechtes, der Schlichtungsordnung und der heute geltenden Tarifverträge.

Mit Hilfe der Arbeitsgemeinschaftspolitik der Gewerkschaftsführer wurden die Lohn- und Manteltarife von Etappe zu Etappe verschlechtert. Die Buchdruckerverbandsführer haben erst in den letzten Wochen ein Beispiel gegeben, daß sie fähig sind, in einer Vereinbarung mit den Unternehmern die reaktionärsten Tarifverträge abzuschließen, wenn nur ihre Privilegien als Tarifvertragsparteien gewahrt bleiben. Ohne auch nur die Mitgliedschaft des Verbandes zu befragen, geschweige denn die gesamte Buchdruckereiarbeiterschaft, schlossen die Verbandsführer diesen reaktionären Manteltarifvertrag ab. Die Arbeiter und Mitglieder der Gewerkschaften sollen selbst über Annahme oder Ablehnung der Tarifverträge durch Urabstimmung entscheiden.

Die Unabbingbarkeit der Tarifverträge, eine der wichtigsten Bestimmungen des heutigen Tarifrechts für die Arbeiterschaft, gegen die die Unternehmer seit Jahren anrennen, wurde durch die Politik der reaktionären Gewerkschaftsführer preisgegeben. So haben jetzt wieder die Führer des Fabrikarbeiter-Verbandes ein Zulagenabkommen zum laufenden Tarif der Chemiearbeiter abgeschlossen, mit wesentlichen Verschlechterungen für die Kollegen, womit faktisch der laufende Tarif abdingbar gemacht wurde. Erinnert sei auch an die Beispiele des Nordwest-Metallstreiks und des Bergarbeitertarifes in Mansfeld, im vorigen Herbst, die von den Gewerkschaftsführern gegen die Interessen der Arbeiter abdingbar gemacht wurden durch Verkürzung der Geltungszeit der Tarife, nachdem sie bereits Geltung hatten.

Diese Tatsachen beweisen klar, daß die Tarifverträge gegen den Willen und die Interessen der Arbeiterschaft, mit Hilfe der Gewerkschaftsführer vom Unternehmertum verschlechtert und ausgehöhlt wurden und so die jetzige Entwicklung vorbereitet wurden ist.

Die Politik der reaktionären Gewerkschaftsführer mußte in den jetzigen Angriffen des Kapitals auf die Tarife, auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen führen und hat diese Entwicklung erst ermöglicht.

Worum muß gekämpft werden?

Es geht für die Arbeiterklasse bei ihrem Kampf um die Tarife, um die kollektiven Arbeitsverträge, nicht um Gesetzesparagraphen, nicht um die Verteidigung und Aufrechterhaltung der arbeiterfeindlichen Schlichtungsordnung und Verbindlichkeitserklärung, nicht um die Tariftreue, nicht um die versklavenden Bedingungen der Tarifverträge, die von den reaktionären Gewerkschaftsführern abgeschlossen wurden, es geht um den Tariflohn, es geht um die Arbeitsbedingungen, um das Prinzip und den Inhalt des kollektiven Arbeitsvertrages. Gesetze und Tarifbestimmungen, die Privilegien für die fetten Bonzen und eine Knebelung der Arbeiterschaft sind, haben die Arbeiter nicht zu verteidigen. Auf dem Rücken der Arbeiterklasse, mit ihrem Schweiß sind diese Privilegien aufgerichtet worden.

Mit der Aufhebung der Unabbingbarkeit der Tariflöhne, mit der Verfeinerung und Auflockerung der Tarifverträge und dem ganzen Angriff der Kapitalisten auf die Tarife sollen hauptsächlich die elementaren Rechte der Arbeiter auf freie Koalition und Streikrechte, auf kollektive Arbeitsverträge genommen werden. Die Kapitalisten möchten wieder einen Arbeiter gegen den anderen ausspielen, um die Macht der Masse durch Konkurrenz zu brechen. Hier muß in breitester Einheitsfront erbitterter Widerstand geleistet werden.

Die RGO. ist für die Erkämpfung und Verteidigung von kollektiven Arbeitsverträgen als Produkte des Klassenkampfes, die von den unmittelbar Beauftragten der Arbeiter von den Tarif- und Lohnkommissionen, von den Kampfausschüssen oder von den direkt von der Mitgliedschaft der Gewerkschaften beauftragten Vertretern abgeschlossen werden. Die RGO. ist für die Verteidigung und Erhöhung der Tariflöhne. Auf den Inhalt des Tarifvertrages kommt es an, und der ist immer mehr von den Gewerkschaftsführern preisgegeben worden, wie ihre ständigen Zustimmungen und Mitwirkungen beim Lohnabbau beweisen. Wenn die Macht der Arbeiterklasse und besonders die Macht der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft in einigen Kampfwochen eingesetzt wird, ist keine Notverordnungsdiktatur, sind keine Barone und Industrieritter, kein Industrieller und keine Regierung imstande, die Tariflöhne zu senken oder die kollektiven Arbeitsverträge zu verschlechtern oder zu beseitigen. Die Kampfkraft und Kampfbereitschaft der Arbeiter ist die einzige Garantie für die Sicherung von Lohn, Arbeit und Freiheit, für die Sicherung der Tariflöhne und der Tarifverträge.

Erich Auer.

Nazi-Hierl Reichsleiter für Arbeitsdienstpflicht

Nazi-Zuchthausgesetz in Vorbereitung . Nazis offene Teilhaber der Papen-Schleicher-Regierung

Die bürgerliche Presse meldet vorgestern, daß der berüchtigte und verhaßte Naziobersst Hierl von der Papenregierung als Reichskommissar für Arbeitsdienstpflicht angestellt werden soll. Die Papenregierung dementiert diese Meldung, aber nur soweit ein Posten des Reichskommissars in Betracht kommt, daß der Naziführer Hierl von der Reichsregierung zur Organisierung der Zwangsarbeit angestellt werden soll, wird nicht widerrufen.

Am Montagsabend hat der Hierl auch bereits in der sogenannten Regierungsrundfunkstunde über Zwangsarbeit gesprochen. Diese Rundfunkrede war eine unverschämte und niederträchtige Kampfansage an die deutschen Arbeiter, eine gemeine Verhöhnung des Erwerbslosenelends. Die Armee der Arbeitsdienstpflicht soll nach kaiserlichem Kasernenhofmuster aufgezogen werden. Auf die „Frauendienstpflicht" will der Naziobersst großmütig „vorläufig verzichten".

Die Hauptsache ist für diesen alten Soldatenschinder selbstverständlich die „strafe Männerzucht". Genau wie beim kaiserlichen Militär ist darum in dem Gesetzentwurf der Nazis zur Zwangsarbeit ein Paragraph enthalten, in dem es heißt:

„Wer einen Arbeitsdienstpflichtigen aufreizt, der Einberufung (!) zum Arbeitsdienst nicht Folge zu leisten, oder wer einen Angehörigen des Arbeitsdienstes aufreizt, eine Widersetzlichkeit, Gehorsamsverweigerung, Meuterei (!), Werkschädigung oder Sabotage zu begehen, wird mit Zuchthaus bestraft."

Die Nazis, die eine immer frechere Propaganda für die Arbeitsdienstpflicht machen, wollen damit die werktätigen Massen erneut unter die Militärruchtel zwingen. Die alten Feldwebel und Leutekschinder, das abgetakelte und arbeitslose kaiserliche Offizierskorps — sie alle wollen die alte „Soldatenherrlichkeit" wieder aufleben lassen. Am Anfang steht der militärische Schliff im Arbeitsdienstlager, am Ende der „Heldentod" für den kapitalistischen Profit. Wenn der Naziobersst Hierl von der Papenregierung angestellt wird, dann hat auch das Zuchthausgesetz der Nazis alle Aussicht, bald verwirklicht zu werden.

Die bevorstehende Anstellung des Nazi-Hierl zur Organisierung der Zwangsarbeitsarmee enthüllt wiederum die enge Verbindung zwischen Hitler und der Papenregierung. Die Nazis sind stille Koalitionsbrüder der Papenschen Notverordnungsdiktatur, sie stellen sich willig in den Dienst der Schlotbarone und Kraujunker zur Niederknebelung der Arbeiterklasse. Aber wenn die deutschen Arbeiter sich in der Antifaschistischen Aktion zum gemeinsamen Kampf einigen, wird dies faschistische Joch rasch abgeschüttelt sein.

Weil er eine Nazi-Betriebszelle gründen wollte

SA-Mann von Nazi-Unternehmer auf die Straße geworfen

Theorie und Praxis nationalsozialistischer Betriebsarbeit . SA-Proleten, laßt euch nicht länger als Kapitalsknechte verwenden . Kämpft in der Antifaschistischen Aktion gegen den Kapitalismus!

(Arbeiterkorrespondenz)

„Die Grundlage der nationalsozialistischen Arbeit in den Betrieben ist die Betriebszelle der NSBO", so wird es allen Nazianhängern eingetrichtert. **Wehe aber dem Nazimann, der da glaubt, obiger Satz gelte auch für die Betriebe von Parteigenossen.** Mit seiner Hungerunterstützung kann er dann nachdenken, was es bedeutet, einen Pg.-Arbeitgeber auf seine Pflichten gegenüber den bei ihm beschäftigten Nazisproleten aufmerksam zu machen oder ihm gar mit der Gründung einer Nazibetriebszelle zu drohen. Rücksichtslos fliegt er dann auf die Straße und der **Pg.-Arbeitgeber beutet weiter aus,** wie es ihm gefällt. Da hat keine Partei und noch viel weniger ein einfacher Prolet etwas zu sagen.

Daß die NSDAP eine Unternehmerpartei ist, haben wir Kommunisten den irregeführten Proleten schon immer gesagt. Unsere Worte fanden keinen Glauben und so müssen sie sich erst durch die Tat ihrer eigenen Parteigenossen eines Besseren belehren lassen.

Der Herr Parteigenosse Drehler, Mitinhaber der Nazi-Zigarettenfabrik Sturm, die jetzt in die Räume der leerstehenden Zigarettenfabrik G. A. Jasmatzi, Blasewitzer Straße eingezogen ist, trägt im Betrieb ein kaum sichtbares Hakenkreuz. Scheinbar will er damit andeuten, **daß er dort nicht mehr hundertprozentiger Nazi ist. Ein SA-Mann, der mit Drehler irgendwelche Differenzen hatte, glaubte, daß diese nur in der Nazibetriebszelle zu bereinigen seien** und teilte dies seinem Pg-Arbeitgeber mit, daß er eine Betriebszelle gründen wolle. Da kam er aber schön an. Es erfolgte daraufhin seine fristlose Entlassung.

Der SA-Mann, der wußte, daß ihn die Partei schon irgendwo anders unterbringen würde, machte sich keine Sorgen. Und wirklich, **einige Tage später vermittelte ihn seine Partei nach dem Bau am Potzplatz als Hilfsarbeiter.** Er erhielt dort bei schwerer körperlicher Arbeit einen **Stundenlohn von 65 Pfennigen. Aber die Arbeit war ihm zu schwer. Trotzdem quälte** er sich noch eine Weile und als es gar nicht mehr ging, warf er die Brocken hin. Vielleicht glaubte er damals noch, daß auch hier die Partei helfen würde. **Aber da mußte er eine Enttäuschung erleben. Sei es, daß die NSDAP momentan keine freien Arbeitsplätze zur Verfügung hatte oder er schon auf einer Liste als arbeitslosen** eingetragen war, unser SA-Mann lag jedenfalls auf der Straße ohne Unterstützung.

Fast täglich läuft er nun zu seinem Parteigenossen Arbeitgeber und bittet ihn weinend, er möge ihn doch wieder einstellen. **Doch Herr Drehler zeigt ihm die kalte Schulter.**

Nazisproleten, es gibt keinen Unterschied zwischen nationalsozialistischen und anderen Ausbeutern. Jeder von ihnen denkt zuerst an sich und pfeift auf die NSDAP, wenn es an den Geldbeutel, oder wie in diesem Falle an seine Ruhe als Unternehmer geht. **Erkennt endlich, daß ihr in den Reihen der NSDAP, in der Partei der Prinzen, Generale und Schwerverdiener nichts zu suchen habt. Kämpft mit euren Klassengenossen gemeinsam in der roten Einheitsfront und reiht euch ein in die Antifaschistische Aktion, um den Kampf für den revolutionären Ausweg aus der Krise zu führen.**

Streiksieg der Möbelräumer

Hamburg, 22. Juni (Eig. Drahtber.)

Der Streik der Möbeltransportarbeiter ist gestern nach dreiwöchiger Dauer mit einem vollen Erfolg für die Streikenden beendet worden. Der Lohnabbau ist abgewehrt. Der Streik konnte nur auf die Initiative der RGO und die Einheitsfront durch die Erwerbslosen zu Ende geführt werden.

Drohender Lohnraub bei den graphischen Hilfsarbeitern

Berlin, 22. Juni (Eig. Drahtber.)

Heute fanden im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen über die Löhne der graphischen Hilfsarbeiter statt. Es droht die Gefahr einer Lohnabbauvereinbarung. Die Belegschaften der Buchdruckereien müssen auf dem Posten sein und jeden Lohnabbau und jede Provokation der Unternehmer mit dem geschlossenen Streik beantworten.

FAV würgt Streik ab

Am Sonnabend, dem 18. Juni, 8.30 Uhr, traten die Hilfsarbeiter der Glasfabrik Kunzel & Co., Radeberg, in den Streik, da ihnen der Lohn abgebaut werden soll.

Nach einem halbstündigen Streik war die Firma bereit, den alten Lohn weiterzuzahlen.

Doch hatten die Hilfsarbeiter nicht mit dem erneuten Verrat der Bonzen des Fabrikarbeiterverbandes gerechnet. Die Firma gab bekannt, obwohl sie erst durch den Streik der Hilfsarbeiter bereit war, den alten Lohn weiterzuzahlen, daß der Lohnabbau durchgeführt wird.

Daraufhin traten die Hilfsarbeiter erneut in den Streik. Bei der Verhandlung mit der Firma wurde den Kollegen ein Schriftstück vorgelegt, in dem enthalten war, daß die Vertreter des Fabrikarbeiterverbandes ihre Zustimmung zum Lohnabbau gegeben haben.

Der Kollegen bemächtigte sich auf Grund des erneuten Verrats eine ungeheure Empörung. Auf der Freiberger Konferenz blieben diese Verräter radikale Töne. Sie sprachen vom „Rätten zum Streik" und hinterher gaben sie in freier Vereinbarung ihre Zustimmung zum Schiedsspruch. Mit Recht brachten die Kollegen zum Ausdruck, daß sie wohl ihre Beiträge entrichten können, die Bonzen aber jedem Lohnraub ihre Zustimmung geben.

Gezwungen durch den Verrat des Fabrikarbeiterverbandes nahmen daraufhin die Kollegen die Arbeit wieder auf.

15 Arbeiter traten sofort der RGO bei. Am 28. Juni findet die Betriebsratswahl statt. Die Belegschaft wird die Antwort auf den Verrat der FAV-Bonzen geben und die Liste der RGO wählen.

Oppositionelle Gesamtverbändler!

Heute Donnerstag, 19.30 Uhr, im Volkshaus

Mitgliederversammlung

Jeder Kollege hat zu erscheinen. Es gilt Stellung zu nehmen zur Verschiebung des Verbandstages auf unbestimmte Zeit.

Achtung,
Betriebsräte aller Industriegruppen!

Freitag, den 24. Juni, 20 Uhr, findet im RGO-Büro, Rosenstraße 100, eine

wichtige Betriebsrätekonferenz

statt. Es ist Aufgabe aller roten Betriebsräte, Kandidaten und Betriebsvertrauensleute, unbedingt zu erscheinen!

Ortskomitee Dresden der RGO,
Betriebsräteausschuß.